Tiroler engagieren sich für ein Abschiebestopp bei Ausbildung in Mangelberufen

Aufstand für Asylwerber in der Pflege

INNSBRUCK – Mehr als 3.700 Personen haben die Tiroler Online-Petition „Abschiebestopp für Auszubildende in Pflegeberufen" bereits unterzeichnet.

Der Grund für das energische Engagement der Tiroler hat einen Namen: Mohammad Haroon Faqiri, kurz MHF. Der 23-Jährige stammt aus Afghanistan. Dort hatte er vor seiner Flucht eine universitäre Ausbildung als Krankenpfleger begonnen. Doch dann drohte die Zwangsrekrutierung der Taliban. „Also die Alternative zu töten oder getötet zu werden", bringt es Iris Teyml vom Unterstützungskomitee „MHF soll bleiben" auf den Punkt. Seit viereinhalb Jahren sei er in Österreich und tue alles, um endlich sicheren Boden unter den Füßen zu haben. Tatsächlich kann sich seine Vita in Österreich seit seinem Asylantrag sehen lassen: ausgezeichnete Deutschkenntnisse, Abschluss der BFI-Kurse zur Erlangung des Hauptschulabschlusses, gemeinnützige Arbeit am Innsbrucker Ausbildungszentrum West für Gesundheitsberufe der Tirol Kliniken (AZW), Teammitglied in einem Volleyballverein in Innsbruck, Dolmetscher-Dienste in der Flüchtlingsbetreuung, Erste-Hilfe-Kurse, Werte-Kurs, Mitwirkung an einem Projekt des Vereins „Theater konkret". Derzeit absolviert MHF eine Ausbildung zum Pflegeassistenten, die er im Herbst abschließen könnte. Doch da soll er längst wieder in Afghanistan sein – geht es nach einem Bescheid vom 20. Dezember 2019: Das Bundesverwaltungsgericht in Wien hat den Asylantrag auf allen Ebenen abgelehnt. Ein an den Verfassungsgerichtshof gerichtetes, allerletztes Rechtsmittel brachte im Jänner eine aufschiebende Wirkung und verschafft nun etwas Zeit bis zur endgültigen Entscheidung.

Schüler aus Pflegeschule abgeholt und abgeschoben

Diese Zeit wollten österreichische Freunde und Weggefährten des Afghanen nutzen und gründeten das Unterstützungskomitee „MHF soll bleiben". Mehr noch: das Komitee fordert einen sofortigen Abschiebestopp für alle Asylwerber, die eine Ausbildung in einem Mangelberuf absolvieren.

Gerade in der Pflege gebe es einen eklatanten Mangel, erklärt Magdalena Melcher vom Unterstützungskomitee auf einer Pressekonferenz im Februar und bezeichnet es als „widersinnig, genau jene Menschen außer Landes zu bringen, die beitragen können, diesen Mangel zu verringern". Auch der stv. Schuldirektor Pflege am AZW, Georg Razesberger, legt für MHF ein gutes Wort ein: „Wir suchen dringend Leute für die Ausbildung. Dass so jemand abgeschoben werden soll, das ist der absolute Wahnsinn und unverantwortlich." Es sei auch schon einmal ein Schüler des AZW aus der Klasse heraus „abgeholt und abgeschoben" worden.

Mohammad Haroon Faqiri könnte die Pflegeausbildung im Herbst abschließen.

Foto: Amplatz

Unterstützung kommt auch von Vertretern der ÖVP, Grünen, SPÖ, Neos und der Liste Fritz. „Motivierte junge Menschen aus rein populistischen Gründen abzuschieben, ist unverständlich", empörte sich SP-Nationalratsabgeordnete Selma Yildirim. Inzwischen hat sie im Nationalrat einen Entschließungsantrag eingebracht. Dessen Ziel: Asylwerber in Ausbildung jenen in der Lehre gleichzustellen. Grünen-Landtagsabgeordneter Georg Kaltschmid und Dominik Oberhofer (Neos) fordern von der Bundesregierung dringend eine praxisnahe Reform der „Rot-Weiß-Rot-Karte". Eine solche Karte hätten im Vorjahr in Tirol nur 68 Fachkräfte erhalten – trotz massiven Fachkräftemangels u.a. im Tourismus und in der Pflege. „Es muss Druck der Bevölkerung auf die Politik aufgebaut werden, ÖVP und Grüne im Bund müssen endlich liefern", meinte Oberhofer im Sinne der Petition und verwies auf einen Lehrling in einem Tiroler Tourismusbetrieb, der vier Tage vor der Lehrabschlussprüfung abgeschoben worden sei.

200 Pflegeheimplätze nicht belegbar

Derzeit stünden 200 Pflegeheimplätze leer, weil das Personal fehle, wirft Liste-Fritz-Landtagsabgeordnete Dr. Andrea Haselwanter-Schneider in die Waagschale. Die ehemalige Lehrende in der Pflegeausbildung am AZW unterstützt eine Asylwerberin in Pflegeausbildung im Tiroler Unterland, die ebenso wie MHF akut von Abschiebung bedroht ist. „Die Lösung wäre einfach", schlägt sie vor, „die Liste der Lehrberufe um jene in Ausbildung in Mangelberufen zu erweitern." VP-Bildungslandesrätin Dr. Beate Palfrader äußerte sich per Mail: „Meine Position zur Abschiebung von integrationswilligen und zudem dringend benötigten Lehrlingen oder in Ausbildung befindlichen Arbeitskräften ist hinlänglich bekannt." Mitte Februar verfassten auch der Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi (Grüne) und die amtsführende Stadträtin Mag. Elisabeth Mayr (SPÖ) ein Unterstützungsschreiben für MHF. Schon Ende Jänner hatte Grünen-Landesrätin Gabriele Fischer eine Unterstützungserklärung für MHF an das Komitee verfasst. Landesrat Prof. Dr. Bernhard Tilg (VP) stellt indes auf MT-Anfrage klar: „Auch, wenn ich als Gesundheitslandesrat größtes Verständnis für Initiativen habe, die sich gegen die Abschiebung von negativ beschiedenen Asylwerbern in Pflegeberufen richten, steht für mich außer Frage, dass in einer Demokratie rechtsstaatliche Entscheidungen grundsätzlich zu akzeptieren sind." *Anita Groß*

Forderungen der Petition

- Sofortiger Abschiebestopp für alle Asylwerber, die eine Ausbildung in einem Mangelberuf absolvieren
- Gesetzliche Gleichstellung von schulischen Ausbildungen in Mangelberufen mit jenen in Lehrberufen und der damit verbundenen Garantie auch bei einem negativen Asylbescheid diese Ausbildung abschließen zu können
- Erneute Schaffung der Möglichkeit für Asylwerber, in Mangelberufen eine Lehrausbildung zu beginnen
- Eine gesetzliche Regelung, die diesen Personen die Möglichkeit eröffnet, nach Abschluss ihrer Ausbildung in Österreich zu arbeiten

Petition unter: mein.aufstehn.at

Steuertipp

So funktioniert die Elektronische Zustellung des Bundes

Mag. Iris Kraft-Kinz
MEDplan, 1120 Wien,
Tel. 01/817 53 50-260

Foto: MEDplan

Unternehmen sind laut E-Government-Gesetz seit 1. Jänner 2020 verpflichtet, an der elektronischen Zustellung teilzunehmen. Die Neuerung bleibt daher für die niedergelassene Ärzteschaft nicht ohne Folgen: Dies betrifft Ordinationen ab einem Umsatz in Höhe von 35.000 Euro aus Einnahmen aus selbstständiger (ärztlicher) Tätigkeit. Seither gilt: Wenn eine Bundesbörde ein elektronisches Dokument im Postkorb des Unternehmensserviceportal (*usp.gv.at*) abliefert, erhält der Adressat immer eine E-Mail-Verständigung unter hinterlegter Adresse. Um in diesem Teilnehmerverzeichnis der elektronischen Zustellung aufzuscheinen, ist eine Registrierung notwendig.

Wer bei FinanzOnline bereits registriert ist, wurde im Sommer 2019 automatisch in das Teilnehmerverzeichnis übernommen. Wer noch nie mit FinanzOnline zu tun hatte, muss sich fit für eine elektronische Zustellung machen.

Dies erfolgt in drei Schritten:

- **Zugang erwerben:** Zu beantragen unter „Online-Erstanmeldung" auf *finanzonline.bmf.gv.at/fon/*.
- **Handy-Signatur aktivieren:** Dies ist online mit den FinanzOnline-Zugangsdaten möglich. Der Menüpunkt „Bürgerkarte jetzt aktivieren" öffnet den Pfad.
- **Beim Unternehmensserviceportal (USP) anmelden:** Mit der aktivierten Handy-Signatur erfolgt die Registrierung beim Unternehmensserviceportal: *www.usp.gv.at/Portal.Node/usp/public*. Klicken Sie auf „Anmelden" und steigen Sie mit Ihrer HandySignatur direkt in das USP ein. Danach wählen Sie Ihr Unternehmen aus und folgen den Registrierungsschritten.
- **„MeinPostkorb" im USP aktivieren:** Im USP müssen Sie die Anwendung „MeinPostkorb" freischalten (und dort Ihre E-Mail-Adresse hinterlegen beziehungsweise kontrollieren).

Ausnahmen von der Verpflichtung sind rar: Unternehmen/Ordinationen sind von der Teilnahme ausgenommen, wenn sie nicht über die dazu erforderlichen technischen Voraussetzungen oder über keinen Internet-Anschluss verfügen.

Physiologische Kochsalzlösung ist nicht so indifferent wie oft vermutet

0,9 % NaCl: Keine ideale Lösung

MENDRISIO – Auch wenn Sie nicht ständig und routinemäßig Infusionen verordnen, kann sich in der Praxis die Notwendigkeit ergeben. Zur physiologischen Kochsalzlösung sollten Sie aber erst nach genauem Abwägen greifen.

Wenn das nächste Mal ein stark dehydratisierter Patient zu Ihnen kommt, sollten Sie vielleicht nicht automatisch physiologische, 0,9%ige Kochsalzlösung geben. Die Flüssigkeit ist trotz ihrer Bezeichnung nicht so verträglich, wie sie klingt, erklären der Internist und Nephrologe **Dr. Olivier Giannini** vom Ospedale Regionale di Mendrisio Beata Virgine in Mendrisio und seine Kollegen.

So enthält die „altehrwürdige" 0,9%ige NaCl jeweils 154 mmol/l Na^+ und Cl^-. Das sind mehr Natrium- und deutlich mehr Chlorid-Ionen als das – tatsächlich physiologische – menschliche Plasma hat: nämlich etwa 140 mmol/l Natrium und 100 mmol/l Chlorid.

Über die Gefahren einer zu hohen Natriumzufuhr haben schon viele Experten viel gesagt und veröffentlicht. Den Risiken, die mit einer zu großen Chloridzufuhr einhergehen, schenken Fachleute auch seit einigen Jahren Aufmerksamkeit, schreiben die Schweizer Kollegen. Seitdem weiß man, dass eine erhöhte Konzentration von Chlorid über Zwischenschritte den Bicarbonat-Puffer im Blut verdrängt; letztlich kann es damit zu einer metabolischen bzw. hyperchlorämen Azidose kommen.

Renale Vasokonstriktion und metabolische Azidose

Die meisten Untersuchungen zu den Wirkungen einer 0,9%igen NaCl-Lösung beziehen sich auf Schwerkranke in Notaufnahmen und auf Intensivstationen oder auf das perioperative Setting. Dabei schnitt die Kochsalzlösung im Vergleich mit verschiedenen balancierten Lösungen, die sich stärker am tatsächlich vorhandenen Elektrolytgehalt des Plasmas orientieren, meist schlechter ab. Nierenkomplikationen kamen zum Beispiel deutlich häufiger vor. Dementsprechend empfehlen zumindest britische Leitlinien, u.a. im operativen Umfeld auf die 0,9%ige NaCl zu verzichten und zu „physiologischeren" balancierten Lösungen zu greifen.

> Viele Medikamente, die man über eine Infusion geben muss, vertragen sich nicht mit den balancierten Lösungen, räumen die Autoren ein.

Auch bei gesunden Erwachsenen, die über 90 Minuten entweder zwei Liter einer Kochsalzinfusion oder einer „balancierten" Lösung (140 mmol/l Na^+, 98 mmol/l Cl^-) erhielten, zeigten sich deutliche Unterschiede. Die Kochsalzlösung verursachte nicht nur eine metabolische Azidose, sondern auch eine renale Vasokonstriktion, die mit einem erhöhten Gefäßwiderstand und verringerter Durchblutung von Nierenarterie und -rinde einherging: GFR bzw. Diurese sanken. Ebenso sank der Reninspiegel im Plasma – in der Folge begab sich der Blutdruck in den Keller.

Mindestens eine Daseinsberechtigung bleibt aber für die NaCl-0,9-%: Viele Medikamente, die man über eine Infusion geben muss, vertragen sich nicht mit den balancierten Lösungen, räumen die Mediziner ein. Zur Volumentherapie im klinischen Alltag jedoch sehen sie (derzeit) keine Indikation mehr. Sie empfehlen generell jeder Flüssigkeitstherapie eine sorgfältige Risiko-Nutzen-Abwägung voranzustellen. *ER*

Giannini O et al. Swiss Med Forum 2020; 20: 79–82; doi: 10.4414/smf.2020.08459